



GEMEINDE
MECKENBEUREN
BODENSEE-KREIS

BEBAUUNGSPLAN „SIGLISHOFEN“

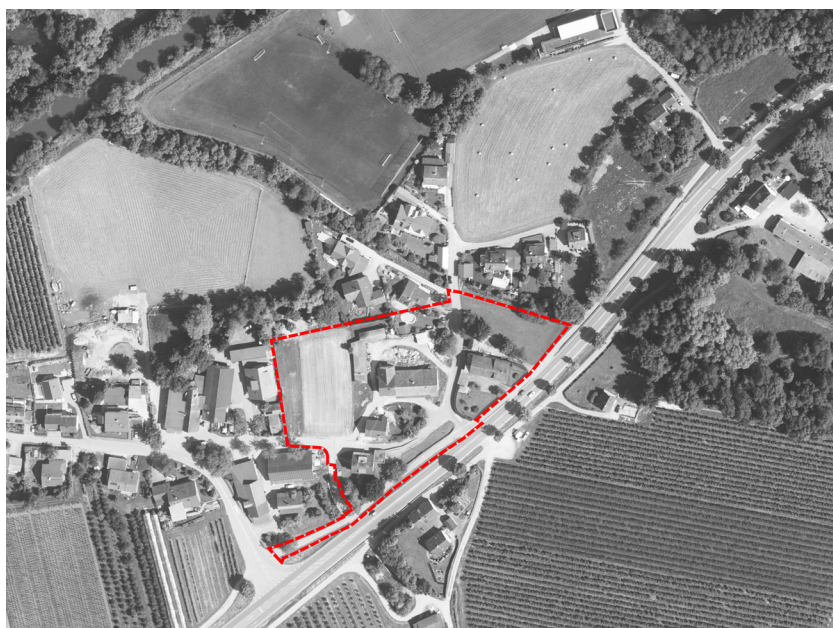
VERZEICHNIS DER
UNTERLAGEN:

SATZUNG

TEXTTEIL

- PLANUNGSRECHTLICHE
FESTSETZUNGEN
- ÖRTLICHE
BAUVORSCHRIFTEN

BEGRÜNDUNG



Freie Architekten BDA
Freie Stadtplaner SRL DASL

KRISCHPARTNER

Tübingen, 14. März 2018

Satzung

über den Bebauungsplan „Siglishofen“ und über die örtlichen Bauvorschriften für das Gebiet „Siglishofen“

Aufgrund von:

- § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I. S. 2414), letzte Änderung vom 20.07.2017 BGBl. I S. 2808,
- § 74 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 05.03.2010 (GBl. S. 358, ber. S. 416), letzte Änderung vom 21.11.2017 (GBl. S. 612,613),
- § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.07.2000 (GBl. S. 581, ber. S. 698), letzte Änderung vom 23.02.2017 (GBl. S. 99,100),
- der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I. S. 3786),
- der Planzeichenverordnung (PlanzV) vom 18.12.1990 (BGBl. I. 1991 S. 58) letzte Änderung vom 04.05.2017 (BGBl. I S.1057),

hat der Gemeinderat der Gemeinde Meckenbeuren in öffentlicher Sitzung am 14.03.2018 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften ergibt sich aus dem zeichnerischen Teil vom 14.03.2018.

§ 2

Bestandteile der Satzungen

1. Der Bebauungsplan besteht aus dem
 - zeichnerischen Teil vom 14.03.2018 und
 - textlichen Teil vom 14.03.2018
2. Die örtlichen Bauvorschriften gemäß § 74 LBO bestehen aus dem
 - zeichnerischen Teil vom 14.03.2018 und
 - textlichen Teil vom 14.03.2018

§ 3

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 75 LBO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den aufgrund von § 74 LBO erlassenen örtlichen Bauvorschriften zuwiderhandelt.

§ 4

Inkrafttreten

Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften treten mit der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Meckenbeuren, den 14.03.2018

Kugel
Bürgermeisterin

Ausfertigung

Der textliche und zeichnerische Inhalt dieses Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan ist unter Beachtung des gesetzlichen Verfahrens zustande gekommen und stimmen mit den hierzu ergangenen Beschlüssen des Gemeinderates der Gemeinde Meckenbeuren überein.

Meckenbeuren, den 15.03.2018

Kugel
Bürgermeisterin

Ortsübliche Bekanntmachung und damit Inkrafttreten des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan am 24.03.2018 (GN-Nr. 12).

**GEMEINDE MECKENBEUREN
BODENSEEKRIS**

**BEBAUUNGSPLAN
„SIGLISHOFEN“**

**PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN
UND
ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN
(TEXTTEIL)**

Als Rechtsgrundlage dieses Bebauungsplanes kommen zur Anwendung:

1. Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3.11.2017 (BGBl. I S. 3634).
 2. Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4.5.2017 (BGBl. I S. 1057).
 3. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung – PlanZV) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991, I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4.5.2017 (BGBl. I S. 1057).
 4. Landesbauordnung (LBO) in der Fassung vom 5.3.2010 (GBl. 2010 S. 357, 416), zuletzt geändert durch Artikel 30 der Verordnung vom 23.2.2017 (GBl. S. 99, 103).
-

In Ergänzung der Planzeichnung wird folgendes festgesetzt:

1. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN
(§ 9 BauGB und BauNVO)

1.1 ART DER BAULICHEN NUTZUNG
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und
§ 1 Abs. 6 und 9 BauNVO)

1.1.1 Allgemeines Wohngebiet WA (§ 4 BauNVO)

Ausgeschlossen sind Gartenbaubetriebe und Tankstellen gemäß
§ 4 Abs. 3 Nr. 4 und 5 BauNVO.

1.1.2 Dorfgebiet MD (§ 5 BauNVO)

Ausgeschlossen sind Gartenbaubetriebe und Tankstellen gemäß
§ 5 Abs. 2 Nr. 8 und 9 BauNVO sowie Vergnügungsstätten gemäß
§ 5 Abs. 3 BauNVO.

1.2 MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 16 BauNVO)

Höchstens wie in der Planzeichnung eingetragen und durch Baugrenzen sowie Grundflächenzahl (GRZ) in der Nutzungsschablone bestimmt.

1.3 BAUWEISE

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 22 BauNVO)

o = offene Bauweise

1.4 HÖHENLAGE DER GEBÄUDE

(§ 9 Abs. 3 BauGB)

- a) Die Erdgeschossfußbodenhöhe (EFH) darf im Bereich der Hauszüge maximal 0,30 m über der die Grundstücke erschließenden jeweiligen Verkehrsfläche liegen. Bezugspunkt ist dabei die Höhe des durch Verlängerung der Gebäudemittelachsen markierten erschließungsrelevanten Verkehrsflächenabschnittes.

Die EFH bezieht sich auf die Höhe des Rohfußbodens.

- b) Gebäude, die zu einem Doppelhaus zusammengeschlossen sind, müssen die gleiche Erdgeschossfußbodenhöhe (EFH) aufweisen, d.h. keine Höhenversätze.

1.5 GEBÄUDEHÖHEN

(§ 16 Abs. 2 BauNVO)

Anlage 1

- a) Entsprechend den Einschrieben in der Planzeichnung mit Angaben der maximalen Wandhöhe (WH) und maximalen Firsthöhe (FH) über der Erdgeschossrohfußbodenhöhe (EFH).
 - Die Wandhöhe (WH) ist definiert durch den äußeren Schnittpunkt der Außenwand mit der Oberkante der Dachhaut.
 - Die Firsthöhe (FH) ist definiert durch die Oberkante Firstziegel.
- b) Gebäude, die zu einem Doppelhaus zusammengeschlossen sind, müssen die gleiche Wand- und Firsthöhe aufweisen. Maßgeblich ist hierbei die erste beantragte Doppelhaushälfte.

1.6 STELLUNG DER GEBÄUDE

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Die Firstrichtung der Dächer ist entsprechend den Angaben in der Planzeichnung auszubilden.

1.7 ZAHL DER WOHNUNGEN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

Pro Wohngebäude (freistehendes Einzelhaus, Doppelhaus) sind maximal vier Wohnungen zulässig.

1.8 GARAGEN UND CARPORTS

(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und Nr. 11 BauGB)

Garagen und überdeckte Stellplätze (Carports) sind innerhalb der überbaubaren Flächen (Baufenster) oder innerhalb der im Plan bezeichneten Flächen für Garagen bzw. Carports zu errichten.

1.9 NEBENANLAGEN

(§ 14 BauNVO)

- a) Nebenanlagen im Sinne von § 14 Abs. 1 BauNVO sind nur innerhalb der überbaubaren Flächen (Baufenster) zulässig.
- b) Außerhalb der überbaubaren Flächen
 - sind Terrassen bis maximal 15 m², Kinderspielplätze mit dazugehörigen Spielgeräten, Wäschetrockenplätze, nicht überdachte Wasserflächen und Zisternen, soweit letztere über Gelände nicht in Erscheinung treten, zulässig.
 - ist pro Grundstück eine Gartengerätehütte bis zu einer maximalen Größe von 40 m³ zulässig. Der Abstand zur öffentlichen Verkehrsfläche muss mindestens 0,50 m betragen.

Dies gilt nicht für die im Plan festgesetzten privaten Grünflächen.

Hinweis zum Anbauabstand der B 30 nach § 9 FStrG:

Innerhalb des in der Planzeichnung gekennzeichneten Anbauabstandes ist für die Zulässigkeit der in Ziffer 1.9 b) aufgeführten Nebenanlagen die ausdrückliche Zustimmung des Straßenbaumtes im Regierungspräsidium Tübingen erforderlich.

1.10 GEH-, FAHR- UND LEITUNGSRECHTE

(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

- a) Die in der Planzeichnung eingetragenen **öffentlichen** Geh-, Fahr- und Leitungsrechte beruhen
 - auf bestehenden Versorgungsleitungen und
 - auf der geplanten Nutzung des Angerweges als öffentlicher Geh- und Radweg.

Die öffentlichen Geh-, Fahr- und Leitungsrechte dienen den Versorgungsträgern sowie der Allgemeinheit.

- b) Die in der Planzeichnung eingetragenen **privaten** Geh-, Fahr- und Leitungsrechte beruhen
 - auf der privaten Erschließung der Baufelder 1 bis 5 und deren Anschluss an die öffentlichen Versorgungsleitungen (Hausanschlüsse) sowie
 - auf der privaten Erschließung des landwirtschaftlich genutzten Teilstücks von Flurstück Nr. 1287.

Die privaten Geh-, Fahr- und Leitungsrechte dienen den Eigentümern sowie den Nutzern dieser privaten Grundstücke.

1.11 MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

a) **Maßnahme M 1:** Gewässerrandstreifen entlang des Kohlbachs

Innerhalb des innerörtlichen 5,00 m breiten Gewässerrandstreifens des Kohlbachs (gemessen von der Böschungsoberkante) dürfen weder Aufschüttungen vorgenommen werden noch bauliche und sonstige Anlagen und Befestigungen errichtet werden. Die Fläche darf nicht zur Lagerung von Materialien aller Art verwendet werden.

b) **Maßnahme M 2:** Reduktion von Lichtemissionen

Die Beleuchtung muss im ganzen Plangebiet auf das für die Sicherheit absolut notwendige Mindestmaß reduziert werden. Für die Außenbeleuchtung (auch private) sind insektenschonende, sparsame Leuchtmittel (z.B. dimmbare, gelbe LED-Leuchten, Lichttemperatur 3000 K) zu verwenden, die vollständig eingekoffert sind. Der Lichtpunkt ist möglichst niedrig und befindet sich im Gehäuse, der Lichtstrahl ist nach unten auszurichten. Die Beleuchtungsintensität ist im Zeitraum zwischen 24:00 Uhr und 5:00 Uhr zu reduzieren. Wo möglich sind Bewegungsmelder zu verwenden. Zum Kohlbach hin ist eine Außenbeleuchtung nicht zulässig.

c) **Maßnahmen zum Artenschutz**

Folgende funktionserhaltende Maßnahmen sind durchzuführen:

A 1: Schaffung von Zauneidechsen-Ersatzhabitaten

Die Schutthalde im Bereich der östlichen Einfahrt des Hofgeländes stellt ein Habitat der streng geschützten Zauneidechse (BNatSchG) dar. In der Nähe der Schutthalde (maximale Distanz 20 - 50 m Entfernung) sind geeignete Ersatzhabitats anzulegen. Die Ersatzhabitats sind vorgezogen anzulegen, damit sie ihre Funktion bereits vor einer möglichen Inanspruchnahme des bestehenden Habitats erfüllen. Um Verstöße gegen das Tötungs- und Verletzungsverbot zu vermeiden, ist vor Baufeldfreimachung eine Vergrämung der Zauneidechsen in Richtung Ersatzlebensraum hin durchzuführen.

Als Standort für die Ersatzhabitats eignen sich die Endbereiche des geplanten privaten Grünstreifens entlang der Straße Am Kohlbach.

Die neuen Eidechsenhabitats sind auf insgesamt 150 m² (entspricht ca. der Eingriffsfläche) folgendermaßen zu gestalten: Aushub des Oberbodens um 50 - 80 cm, Auftrag von Wandkies, Bau von mindestens zwei Steinhäufen mit 150 cm Höhe, Sandhaufen, Totholzhaufen, Wurzelstöcke, Pflanzung von einzelnen Heckenrosensträuchern oder Kräutern (z.B. Rosmarin, Lavendel, Thymian). Die Hochstamm-Laubbäume (siehe Pflanzgebot 2 in Ziffer 1.12 b) oder Sträucher können im Randbereich integriert werden (Sicht- und Lärmschutz), eine großflächige Beschattung muss vermieden werden. Gegebenfalls sind die neuen Eidechsenhabitats in die privaten Gartenflächen auszudehnen.

Zur Gewährleistung der Wirksamkeit der Maßnahmen ist die Realisierung der vorgezogenen Maßnahme sowie die aktive Umsiedlung

der Tiere an den neuen Standort durch eine ökologische Baubegleitung zu begleiten und alle zwei Jahre bis zum erfolgten Nachweis der Funktionsfähigkeit der neuen Lebensräume zu kontrollieren. Die Habitats sind dauerhaft zu erhalten, ein Zuwachsen ist zu verhindern. Der Vollzug der Maßnahmen ist der unteren Naturschutzbehörde anzuzeigen. Die Ergebnisse des Monitorings sind der unteren Naturschutzbehörde als Kurzbericht (ein bis zwei Seiten Umfang einschließlich kurzer Fotodokumentation) zuzusenden.

A 2: Schutz von totholzbewohnenden Käferarten

Die in der Planzeichnung gekennzeichnete zweistämmige Weide am nordöstlichen Rand der Hofanlage weist ein potenzielles Vorkommen des Moschusbocks (*Aromia moschata*) auf. Die Art ist laut Bundesartenschutzverordnung besonders geschützt. Der Baum wird im Zuge der Planung entfallen. Die Stämme dürfen nicht zerkleinert werden und müssen nach Fällung an einer geeigneten, südexponierten, sonnigen Stelle (z.B. am Rand von Gehölzbeständen) mindestens 3 Jahre (zwei bis dreijährige Entwicklung der Larven) gelagert werden. Die genaue Stelle ist vor Ort von einer Fachperson zu bestimmen. Die Lage der Stämme ist der unteren Naturschutzbehörde anzuzeigen.

A 3: Schaffung von Ersatz-Fledermausquartieren

Vor dem Abriss von Gebäuden müssen diese auf die Präsenz von Fledermausquartieren hin untersucht werden (siehe Maßnahme A 5). Sollte sich ergeben, dass dort Fledermausquartiere vorhanden sind, sind geeignete Ersatzquartiere an Nebengebäuden der Hofanlage und den neu errichteten Häusern anzubringen.

Zur Gewährleistung der Wirksamkeit der Maßnahme ist bei der Planung und Umsetzung der Quartiere eine fachliche Begleitung und die Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde beim Landratsamt Bodenseekreis notwendig.

A 4: Anbringen von Nisthilfen für Vögel

Zur Verbesserung des Brutplatzangebots für Vögel sollen an Bäumen und Gebäuden mindestens 4 geeignete Nistkästen für Höhlenbrüter (z.B. Meisen, Sperlinge, Star) installiert werden. Anbringen der Nistkästen 2 bis 4 m über dem Boden auf den wetterabgewandten Seiten (ost- bis südostexponiert).

A 5: Zeitlich angepasster Baustellenbetrieb

Die notwendige Rodung von Bäumen und Gehölzstrukturen sowie der Abriss von Gebäuden sind außerhalb der Fledermausommerquartierszeit und Vogelbrutzeit, also vom 1. Oktober bis zum 28./29. Februar, durchzuführen. Vor dem Abbruch/ Umbau von Gebäuden sind diese rechtzeitig (im Sommerhalbjahr vor dem Abriss) auf Fledermausquartiere hin zu untersuchen. In zwingenden Ausnahmefällen kann in Absprache mit dem Landratsamt Bodenseekreis von der vorgegebenen Frist abgewichen werden, wenn durch eine fachkundige Begutachtung sichergestellt wird, dass keine Quartiere und/ oder Gelege von den Arbeiten betroffen sind.

1.12 ANPFLANZEN VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN SOWIE ERHALTUNG VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN (§ 9 Abs.1 Nr. 25 BauGB)

Anlage 2

a) Pflanzgebot 1: Gewässerrandstreifen entlang des Kohlbachs

Erweiterung der uferbegleitenden Gehölze durch Pflanzung standortgerechter, gebietsheimischer Sträucher (Arten siehe Pflanzliste 1 in Anlage 1) auf mind. 5,00 m Breite. Pflanzqualität: mindestens 2 x verpflanzt, Str 60 - 100 cm, Pflanzabstand in und zwischen der Reihe 1,50 m. Dauerhafter Erhalt und Pflege der Gehölze. Bei Abgang sind Ersatzgehölze in gleicher Qualität zu pflanzen.

b) Pflanzgebot 2: Baumpflanzungen auf privaten Grundstücken

Pro Grundstück ist mindestens ein Laubbaum bzw. Obstbaum (Arten siehe Pflanzliste 2 in Anlage 1) zu pflanzen. Entlang der Straße am Kohlbach ist eine Baumreihe aus mindestens 6 Bäumen anzulegen. Pflanzqualität: Hochstamm, 3 x verpflanzt, Stammumfang 14 - 16 cm (bei Obstbäumen 10 - 12 cm) bei Pflanzung. Befestigung mittels Zweipflock, Anbringung von Verbissschutz und Wühlmausschutz. Je Baum sind mind. 12 m² durchwurzelbarer Raum zur Verfügung zu stellen. Die Bäume sind dauerhaft zu pflegen und zu erhalten. Bei Abgang sind die Bäume entsprechend zu ersetzen.

1.13 ERHALTUNG VON BÄUMEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB)

Der in der Planzeichnung gekennzeichnete Baum (Berg-Ahorn) ist dauerhaft zu erhalten. Bei Ausfall ist der Baum gleichwertig zu ersetzen. Der Baum wird während der Bauzeit durch einen Bauzaun geschützt. Ein Überfahren des Traufbereiches sowie Lagerung von Baumaterialien hinter dem Bauzaun sind nicht zulässig.

1.14 VERKEHRSFLÄCHEN, RABATTEN USW. (§ 9 Abs. 1 Nr. 26 BauGB)

Wenn für die Herstellung bzw. den Ausbau der öffentlichen Verkehrsflächen aus topografischen und konstruktiven Gründen auf den angrenzenden Grundstücken Aufschüttungen und Abgrabungen einschließlich der notwendigen Betonabstützung erforderlich sind, die vom Baulastträger hergestellt werden, so sind diese zulässig.

1.15 VORKEHRUNGEN ZUM IMMISSIONSSCHUTZ (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

Aufgrund der Lärmbelastung durch den Verkehr auf der Seestraße (B 30) sind entsprechend den in der Planzeichnung festgesetzten Lärmpegelbereichen I bis V bauliche Vorkehrungen zur Lärmminde- rung nach DIN 4109 zu treffen, siehe Hinweis 3.5.

1.16 VON BEBAUUNG FREIZUHALTENDE FLÄCHEN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)

- a) Das in der Planzeichnung eingetragene Sichtfeld ist ab 0,70 m Höhe über der Fahrbahn freizuhalten von Bepflanzungen und anderen sichtbehindernden Anlagen. Bäume (Hochstämme) oder Lichtmasten sind möglich, sofern sie die Sicht nicht verdecken.
- b) Hinweis zum Anbauabstand der B 30 nach § 9 FStrG:
Innerhalb des in der Planzeichnung gekennzeichneten Anbauabstandes ist für die Zulässigkeit von nicht überdeckten Stellplätzen die ausdrückliche Zustimmung des Straßenbaumes im Regierungspräsidium Tübingen erforderlich.

2. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

(§ 74 LBO)

2.1 HAUPTGEBÄUDE

(§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

- a) Dachform/ Dachneigung/ Dachdeckung
 - Dachform und Dachneigung des Hauptgebäudes entsprechend Eintrag in den Nutzungsschablonen.
 - Abwalmungen bei Satteldächern sind nicht zulässig.
 - Dachdeckung bei Satteldächern: zulässig sind Tondachziegel oder Betondachsteine in Rot-, Rotbraun- und Grautönen. Glasierete Dachziegel oder Dachsteine sind nicht zulässig. Reflektierende Metallflächen sind als Dachdeckung nicht zulässig.
 - Gebäudeteile mit maximal 5° Dachneigung sind extensiv zu begrünen, sofern das Dach nicht als Dachterrasse genutzt wird. Der Mindestaufbau der Substratschicht der Dachbegrünung beträgt 10 cm. Zur Bepflanzung geeignet sind Arten der Mager-, Trocken- und Halbtrockenrasen (z.B. Saatmischung Firma Syringa: M 10 – extensive Dachbegrünung oder Firma Rieger-Hofmann: Nr. 16 Dachbegrünung-Extensiv oder Nr. 17 Dachbegrünung-Halbschatten). Ansaatstärke: ca. 2 g/m². Die Dachbegrünung ist auf Dauer zu erhalten. Beachtung der FLL-Richtlinien für Dachbegrünungen (Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau). Eine Kombination mit Photovoltaik ist zulässig.
 - Solarthermische- oder Photovoltaikanlagen sind in der Neigung des jeweiligen Daches auszuführen und direkt auf dem Dach zu montieren. Die Firsthöhe des Daches darf mit solarthermischen- oder Photovoltaikanlagen nicht überschritten werden.
- b) Dachaufbauten/ Dacheinschnitte/ Quergiebel
 - Dacheinschnitte sind nicht zulässig.
 - Dachgauben und Quergiebel sind nur bis zu einer Breite von 50 % der Hauslänge zulässig.
 - Dachgauben müssen zum Ortgang mindestens 1,50 m Abstand und zum First mindestens 1,00 m Abstand einhalten.

- Dachgauben mit gegenläufiger Dachneigung zum Hauptdach sind nicht zulässig.
- Die Höhe von Quergiebeln (gemessen am höchsten Punkt der Oberkante Dach) muss mindestens 1,00 m unterhalb der Oberkante Dach des Hauptgiebels liegen.
- Die Dachneigung von Quergiebeln muss gleich sein wie beim Hauptgiebel.

c) Fassadengestaltung

- Außer Glas sind glänzende und lichtreflektierende Materialien als Außenwandmaterialien nur zulässig, wenn sie einer aktiven oder passiven Nutzung der Sonnenenergie dienen.

2.2 GARAGEN

(§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

a) Dachform/ Dachdeckung/ Dachneigung

- Zulässig ist Flachdach mit extensiver Dachbegrünung, sofern das Dach nicht als Dachterrasse genutzt wird. Zusätzlich zulässig ist ein flachgeneigtes Pultdach mit extensiver Dachbegrünung, Dachneigung max. 7°.
- Zusammenhängende Garagen sind mit gleicher Dachneigung, Gesamthöhe und Sturzhöhe der Tore auszubilden.

b) Gemauerte Garagen sind zu verputzen und zu streichen.

2.3 ÜBERDECKTE STELLPLÄTZE (CARPORTS)

(§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

Offene, überdeckte Stellplätze sind als Holzstützen- oder als Stahlstützenkonstruktion wie folgt zulässig:

- Mindestens 2/3 der Fläche zwischen den Stützen müssen offen bleiben.
- Zulässig ist Flachdach mit extensiver Dachbegrünung.
- Zusammenhängende überdeckte Stellplätze müssen die gleiche Konstruktion und gleiches Material aufweisen.

2.4 WERBEANLAGEN

(§ 74 Abs. 1 Nr. 2 LBO)

Werbeanlagen über 1,50 qm Fläche sind nur am Ort der Leistung, d.h. an den Gebäuden zulässig; die Werbeanlage darf bei Flachdächern nicht über die Oberkante Attika des Gebäudes und bei geneigten Dächern nicht über die Traufe bzw. tieferliegendem Schnittpunkt Dachhaut/Außenwand hinausragen. Werbeanlagen mit wechselndem Licht sind nicht zulässig.

Beleuchtete Werbeanlagen sind so einzurichten, daß die Verkehrsteilnehmer auf den umgebenden Straßen nicht geblendet werden.

**2.5 AUSBILDUNG VON STELLPLÄTZEN, ZUFAHRTEN
UND VERKEHRSFLÄCHEN**
(§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

Zufahrts-, Parkierungsflächen und Wege sind mit offenporigem, wasserdurchlässigem Belag, auszuführen. Geeignete Beläge sind Schotterrasen, Drainpflaster, Rasenfugenpflaster.

2.6 GRUNDSTÜCKSBEGRÜNUNG
(§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

Mindestens 50 % der nicht überbauten oder für eine andere zulässige Verwendung genutzten Grundstücksfläche sind dauerhaft zu begrünen.

2.7 AUFSCHÜTTUNGEN UND ABGRABUNGEN
(§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

gelten als bauliche Anlage nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 LBO.

Das natürliche Gelände darf nur soweit verändert werden, als dies zur ordnungsgemäßen Errichtung und Erschließung der baulichen Anlagen notwendig ist.

2.8 EINFRIEDUNGEN
(§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

- a) Die Höhe der Einfriedungen darf maximal 1,50 m betragen.

Als Grundstückseinfriedungen gegenüber öffentlichen Grün- und Verkehrsflächen sind Hecken- und Strauchpflanzungen zulässig. Zäune sind zulässig, sofern diese in eine Hecke integriert oder hinterpflanzt werden. Sie müssen jedoch für Kleintiere durchlässig gestaltet werden (Abstand vom Boden mindestens 10 cm oder unterbrochen). Die Hecken sind zu pflegen und dauerhaft zu unterhalten.

- b) Zwischen Doppelhäusern sind Sichtschutzanlagen nur auf der gemeinsamen Grenze bei maximaler Höhe von 2,00 m über Oberkante des anliegenden Geländes bis in eine Tiefe von maximal 2,00 m, gemessen ab zugehöriger Außenwand, auf der durch den Grundriss festgelegten Wohngartenseite zulässig.

2.9 LEITUNGEN UND STRASSENBELEUCHTUNG
(§ 74 Abs. 1 Nr. 5 LBO)

Die der Versorgung des Gebietes dienenden Leitungen (Stark- und Schwachstromleitungen, Telefonleitungen, Leitungen für den Rundfunk- und Fernsehempfang sowie zur digitalen Datenübertragung) sind unterirdisch zu verkabeln.

3. HINWEISE

- 3.1 Die Stellplatzverpflichtung für Wohnungen gemäß § 37 Abs. 1 LBO wird durch die Stellplatzsatzung der Gemeinde Meckenbeuren ersetzt. Pro Wohneinheit sind 1,5 Stellplätze nachzuweisen. Die notwendigen Stellplätze oder Garagen sind auf dem eigenen Baugrundstück herzustellen.
- 3.2 Die in der Planzeichnung eingetragenen Höhenlinien stellen den vorgefundenen Bestand dar und sind nur informativ zu verstehen.
- 3.3 Grünordnerische Hinweise:
- 3.3.1 Bei Pflanzungen von Bäumen, Sträuchern, Hecken und anderen Gehölzen sind die §§ 12, 16 ff. des Nachbarrechtsgesetzes zu beachten. Sofern hier ein größerer Abstand als in den planungsrechtlichen Festsetzungen gefordert wird, soll die Anpflanzung entsprechend im benötigten Maß verschoben werden.
- 3.3.2 Schutz des Oberbodens durch fachgerechte Zwischenlagerung und Wiederverwendung
Fachgerechter Abtrag und Wiederverwertung von Oberboden im direkten Eingriffsgebiet bzw. in möglichst unmittelbarer Umgebung (BodSchG BW §§ 1-4). Lagerung von Oberboden in Mieten von höchstens 2,00 m Höhe, bei Lagerung des Oberbodens länger als einem halben Jahr ist eine fachgerechte Zwischenbegrünung einzusäen. Die DIN 18915 ist anzuwenden. Anschließend flacher (Mächtigkeit Auftragsschicht i. d. R. 20 cm) und landschaftsgerechter Einbau des Bodenaushubs im Gebiet.
- 3.3.3 Fachgerechter Umgang mit Gefahrenstoffen und Abfall
Durch sachgerechten und vorsichtigen Umgang entsprechend den anerkannten Regeln der Technik mit Öl-, Schmier- und Treibstoffen sowie regelmäßige Wartung der Baumaschinen sind jegliche Beeinträchtigungen des Grundwassers zu vermeiden. Handhabung von Gefahrenstoffen und Abfall nach einschlägigen Fachnormen.
- 3.3.4 Verzicht auf Eindeckung der Dächer aus unbeschichtetem Metall
Dachabdeckungen aus unbeschichtetem Metall (Kupfer, Zink, Titanzink, Blei) erhöhen den Gehalt an Schwermetallen im Dachabfluss. Um eine Beeinträchtigung des Grund- und Oberflächenwassers zu vermeiden, ist auf eine Eindeckung der Dächer mit den vorgenannten Materialien zu verzichten. Gemäß „Leitfaden Nachhaltiges Bauen“ (BMVBS 2001) wird empfohlen, für abflusswirksame Flächen Materialien zu wählen, die einen nachhaltigen Stoffaustrag und Akkumulation im Boden begrenzen.
- 3.3.5 Dezentrale Rückhaltung von unbelasteten Niederschlagswässern
Es wird darauf hingewiesen, dass die Weiterverwendung von Regenwasser oder dessen Rückführung in den natürlichen Wasserkreislauf anzustreben ist. Möglichkeiten zur Reduzierung der Abflussmengen auf den Grundstücken sind die Rückhaltung und Verdunstung vor Ort. Geeignete Maßnahmen sind neben einer empfohlenen Dachbegrünung u. a. auch Zisternen zur Brauchwassernutzung und Gartenbewässerung sowie dezentrale Retentionsmulden auf den Baugrundstücken.
Das gespeicherte Wasser soll für gärtnerische Zwecke wiederverwendet werden. Bei beabsichtigter Verwendung des Regenwassers darüber hinaus wird den Bauherren unbedingt empfohlen, sich durch das Gesundheitsamt im Landratsamt Bodenseekreis eingehend beraten zu lassen. Bei der Nutzung des Regenwassers im Haushalt sind die Bestimmungen der DIN EN 1717 zum Schutz des Trinkwassers unbedingt zu beachten.

3.4 Hinweise zur Regenwasserbehandlung:

Bedingt durch die unmittelbare Nähe zum Bodensee werden seitens des Amtes für Wasser- und Bodenschutz im Landratsamt Bodenseekreis erhöhte Anforderungen an die Einleitung von verdünntem Niederschlagswasser in die Gewässer im Bodenseeeinzugsgebiet gestellt. Gleichzeitig ist das Gewässer Kohlbach ein Gewässer 2. Ordnung und somit ist eine Rückhaltung und gedrosselte Einleitung erforderlich.

Die Grundstücke der Baufelder 1, 2, 3, 4, 5a und 8 müssen das anfallende Abwasser der Dach- und Hofflächen über Retentionsmulden behandeln. Dieses Abwasser ist über eine belebte Oberbodenzone (Humus-Sandgemisch mit einem Mischungsverhältnis von 30:70) zu filtern und über ein Drainagesystem in den Regenwasserkanal einzuleiten, der dann in den Kohlbach mündet. Der Notüberlauf der Mulden ist an den Regenwasserkanal anzuschließen. Die Mulden sind auf eine Überlaufhäufigkeit von 5 Jahren zu bemessen.

Abweichend gilt für das Baufeld 8, dass der Notüberlauf der Mulde direkt in den Kohlbach entwässern kann.

Die Baufelder 5b, 6 und 7 sind direkt auf den Regenwasserkanal angeschlossen. Sobald bauliche Veränderungen vorgenommen werden, ist die Regenwasserbehandlung wie beschrieben nachzuweisen. Der Überlauf ist an den Regenwasserkanal anzuschließen.

Die Bemessung der Regenwasserbehandlungsanlagen erfolgt nach den einschlägigen Richtlinien (DWA A117, DWA A 138, bzw. mittels Langzeitsimulation). Die Bemessung der Anlagen und die geplante Entwässerung sind mit den Baugesuchsunterlagen und als separates Entwässerungsgesuch einzureichen.

Das Oberflächenwasser des geplanten privaten Wohnwegs ist über eine Sickermulde zu führen, die den oben beschriebenen Aufbau aufweist und entsprechend den aufgeführten Richtlinien bemessen wird.

Die ordnungsgemäße Entwässerung wird durch die Gemeinde im Rahmen des Entwässerungsantrages geprüft und als Auflage zur Baugenehmigung formuliert. Die Prüfung und Genehmigung der Regenwasserbehandlungsanlagen und deren Bemessung werden im Baugenehmigungsverfahren vom Landratsamt Bodenseekreis geprüft und genehmigt. Die Entwässerungsanlagen werden vom Eigenbetrieb Abwasser der Gemeinde nach Fertigstellung überprüft, abgenommen und das Ergebnis dem Landratsamt Bodenseekreis mitgeteilt.

3.5 Sicherung der Gewässerunterhaltung des Kohlbachs:

Die Pflanzungen gemäß Pflanzgebot 1 im Gewässerrandstreifen entlang des Kohlbachs sind so vorzunehmen, dass die Zugänglichkeit des Gewässers zu Unterhaltungszwecken dauerhaft gewährleistet ist.

3.6 Sollte im Zuge der Bauarbeiten Grundwasser erschlossen werden, so ist dieser Aufschluss nach § 37 Abs. 4 WG für Baden-Württemberg unverzüglich beim Landratsamt Bodenseekreis (Untere Wasserbehörde) anzuzeigen.

Eine Wasserhaltung während der Bauzeit (Grundwasserabsenkung) bedarf einer wasserrechtlichen Erlaubnis, die bei der Unteren Wasserbehörde zu beantragen ist.

Drainagen zur dauerhaften Wasserregulierung des Grundwassers mit dauernder Ableitung/ Absenkung des Grundwassers im Sinne des § 3 WHG sind nicht zulässig. Wird Grundwasser erschlossen, sind die betroffenen Bauteile wasserdicht auszuführen und Rohrgräben o.ä. abzudichten.

- 3.7 Auf die schalltechnische Untersuchung vom Ingenieurbüro für Umweltakustik Heine + Jud aus Stuttgart vom 13. Dezember 2017 wird hingewiesen.
- Die Angaben zum passiven Lärmschutz sind zu beachten. Im Rahmen eines Baurechtsverfahrens ist als Bestandteil der Bauvorlagen der auf den Einzelfall abgestellte Nachweis der Erfüllung der konkret erforderlichen Schallschutzmaßnahmen nach DIN 4109 (siehe Tabelle 10 in der schalltechnischen Untersuchung) zu erbringen. Sofern die Anforderungen an die Luftschalldämmung in Wohn- und sonstigen Räumen, die dem ständigen Aufenthalt von Menschen dienen, nicht durch geeignete Grundrissgestaltung eingehalten werden können, sind schalldämmende Außenbauteile zu verwenden. Gegebenenfalls ist der notwendige Luftwechsel bei geschlossenem Fenster durch ein geeignetes Lüftungskonzept zu gewährleisten.
- 3.8 Das Planungsgebiet liegt im Bereich des Anflugsektors für den Flughafen Friedrichshafen. Auf den vom Flughafen ausgehenden Fluglärm wird hingewiesen
- Das Planungsgebiet befindet sich im Wirbelschleppenüberprüfungsgebiet im Anflugbereich zur Start- und Landebahn 24. Um Wirbelschleppenschäden durch landende Luftfahrzeuge auszuschließen, wird eine Dachverklammerung bzw. eine Ausführung des Daches nach DIN 1055, Teil 4, Ausgabe 1968 empfohlen.
- 3.9 Hinweise der Luftfahrtbehörde im Regierungspräsidium Stuttgart:
- Das Plangebiet liegt im Bauschutzbereich des Verkehrsflughafens Friedrichshafen. Innerhalb des Bauschutzbereiches muss die Zustimmung der Luftfahrtbehörde für alle Bauwerke vorliegen, bevor diese von der Baurechtsbehörde genehmigt werden können, des Weiteren benötigen alle Baukräne im Bauschutzbereich die Zustimmung der Luftfahrtbehörde. Die zuständige Luftfahrtbehörde für den Bauschutzbereich Friedrichshafen ist seit 1.1.2017 das Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 46.2.
- Das Plangebiet liegt im Anlagenschutzbereich des Flughafens Friedrichshafen. Sämtliche Anträge auf Errichtung von Bauwerken in diesem Bereich sind von den kommunalen Genehmigungsbehörden an die zuständige Landesluftfahrtbehörde (Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 46.2) zur Stellungnahme vorzulegen.
- 3.10 Hinweise des Straßenbauamtes im Regierungspräsidium Tübingen:
- Entlang der Bundesstraße dürfen bauliche Anlagen und Werbeanlagen bis 40 m Entfernung zur B 30 nur mit Zustimmung des Straßenbaulastträgers errichtet werden.
- Im Bereich des 20 m breiten Anbauverbotes der Bundesstraße B 30 bedürfen nach der LBO genehmigungsfreie Anlagen der Genehmigung der Straßenbauverwaltung. Das Gleiche gilt auch für Werbeanlagen wegen der Beeinträchtigung des Schutzzweckes nach § 16 LBO (Verkehrssicherheit).
- Der gemäß RPS 2009 einzuhaltende Mindestabstand für Bäume vom Rand der befestigten Fahrbahn der B 30 bei gleicher Geländehöhe und 70 km/h zulässiger Geschwindigkeit beträgt mindestens 4,50 m. Bei Unterschreitung des Mindestabstandes sind passive Schutzeinrichtungen erforderlich. Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Straßenbauverwaltung nicht an den Kosten notwendiger Schutzeinrichtungen beteiligen kann.
- Im Bereich der B 30 dürfen keine Ver- und Entsorgungsleitungen verlegt werden. Eventuell notwendige Aufgrabungen im Bereich der B 30 für Kreuzungen und Anschlüsse an Ver- und Entsorgungsleitungen dürfen erst nach Abschluss eines Nutzungsvertrages mit dem Landkreis vorgenommen werden.

3.11 Hinweise des Landesamtes für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart:

Der Planbereich liegt im Prüffallgebiet „historische Siedlung Siglishofen“. Daraus ergeben sich folgende Hinweis zur archäologischen Denkmalpflege:

In unbebauten bzw. nicht unterkellerten Bereichen können sich im Boden Siedlungsstrukturen des Mittelalters und der Frühen Neuzeit erhalten haben, bei denen es sich ggf. um Kulturdenkmale gemäß § 2 DSchG handelt. Für Erdbauarbeiten (z.B. für Fundamente, Keller oder Leitungsrinnen) ist deshalb eine denkmalschutzrechtliche Genehmigung erforderlich, die entsprechende Auflagen und Hinweise enthalten wird.

Ansprechpartnerin: Frau Dr. Schmid (Mittelalter- und Neuzeitarchäologie): Tel. 07071/757-2449; FAX 07071/757-2431, mailto: beate.schmid@rps.bwl.de.

Außerdem sind auf Grund der allgemeinen Siedlungsgunst im überplanten Bereich bisher unbekannte archäologische Fundstellen anderer Zeitstellung nicht auszuschließen. Den Vorhabenträgern wird daher empfohlen, im betreffenden Bereich Baggerschürfe unter Aufsicht des LAD durchzuführen, um das Gelände archäologisch zu prospektieren. Synergieeffekte mit der Erstellung von Baugrunduntersuchungen sind dabei möglich.

Davon unabhängig ist der Beginn aller Erdarbeiten einschließlich von Baugrunduntersuchungen, Oberbodenabtrag und Erschließungsmaßnahmen frühzeitig schriftlich dem LAD mitzuteilen. Der Abtrag des Oberbodens sowie etwaiger kolluvialer Schichten im Liegenden hat mit einem Bagger oder Humuslöffel unter Aufsicht des LAD zu erfolgen.

Ansprechpartner: Dr. Richard Vogt, E-Mail: richard.vogt@rps.bwl.de. Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart (Dienstszentrum Hemmenhofen, Fischersteig 9, 78343 Gaienhofen, Tel. 07735/93777-122 bzw. -114).

Für den weiteren Bauverlauf wird auf den § 20 Denkmalschutzgesetz (DSchG) hingewiesen: Etwaige Funde (Scherben, Knochen, Mauerreste, Metallgegenstände, Gräber, auffällige Bodenverfärbungen, Torf- und Humusschichten, Hölzer, etc.) sind umgehend dem Landesamt für Denkmalpflege (Dienstszentrum Hemmenhofen, Fischersteig 9, 78343 Gaienhofen, Tel. 07735/93777-122 bzw. -114) zu melden und bis zur sachgerechten Dokumentation im Boden belassen. Mit Unterbrechung der Bauarbeiten ist gegebenenfalls zu rechnen und Zeit zur Fundbergung einzuräumen.

Sinngemäß gelten die oben getroffenen Feststellungen auch für alle in Zusammenhang mit den Planungen vorgesehenen etwaigen Ausgleichsmaßnahmen, die Anlage von Baustraßen, die Einrichtung von Lagerplätzen und vergleichbare Vorhaben sofern dafür Bodeneingriffe einschließlich des Oberbodenabtrags notwendig werden.

3.12 Geotechnische Hinweise des Landesamtes für Geologie, Rohstoffe und Bergbau im Regierungspräsidium Freiburg:

Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich von Sedimenten des Hasenweiler-Beckensedimentes und Holozänen Abschwemmmassen. Mit lokalen Auffüllungen vorangegangener Nutzungen, die gegebenenfalls nicht zur Lastabtragung geeignet sind, ist zu rechnen.

Mit einem kleinräumig deutlich unterschiedlichen Setzungsverhalten des Untergrundes ist zu rechnen. Gegebenfalls vorhandene organische Anteile können zu zusätzlichen bautechnischen Erschwernissen führen. Der Grundwasserflurabstand kann bauwerksrelevant sein.

Mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen.

Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizontes, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.

Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (<http://www.lgrb-bw.de>) entnommen werden.

Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse <http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope> (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.

3.13 Hinweise des Regionalwerkes Bodensee Netze GmbH & Co:

Auf dem Grundstück oder in naher Umgebung befinden sich RWB-eigene Versorgungsleitungen (0,4 kV Versorgungsleitungen). Vor Baubeginn ist die genaue Lage der Versorgungsleitungen mittels Lageplan (M 1: 500) unter planauskunft.rw-bodensee.de einzuholen.

Versorgungsleitungen dürfen aus Sicherheitsgründen nur in Handschachtung freigelegt werden. Wir bitten, uns über freigelegte Versorgungsleitungen so schnell wie möglich zu informieren, damit diese gesichert werden können.

3.14 Hinweis der Deutsche TelekomTechnik GmbH:

Für einen eventuellen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH unter dem im Briefkopf genannten Adresse so früh wie möglich, mindestens 3 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.

Bitte alle Anfragen an das neue Funktionspostfach senden. Es lautet: T-NI-Sw-Pti-32-Bauleitplanung@telekom.de

4. VERZEICHNIS DER ANLAGEN

Anlage 1 Zeichnerische Hinweise zu Ziffer 1.5 – Gebäudehöhen

Anlage 2 Pflanzenlisten zu Ziffer 1.12 – Pflanzgebote

Architekten BDA
Stadtplaner SRL DASL

KRISCHPARTNER

Reutlinger Straße 4
72072 Tübingen
T 07071 9148-0
F 07071 9148-30

info@krischpartner.de
www.krischpartner.de

Anlage 1
zum
Textteil

Zeichnerische
Hinweise
zu Ziffer 1.5 –
Gebäudehöhen

M 1:200

Auftraggeber:

Gemeinde
Meckenbeuren
Amt für Bauwesen und
Gemeindeentwicklung
Theodor-Heuss-Platz 1
88074 Meckenbeuren

Planer:

KRISCHPARTNER
Architekten BDA
Stadtplaner SRL DASL
Reutlinger Straße 4
72072 Tübingen
T 07071 9148-0
F 07071 9148-30
info@krischpartner.de
www.krischpartner.de

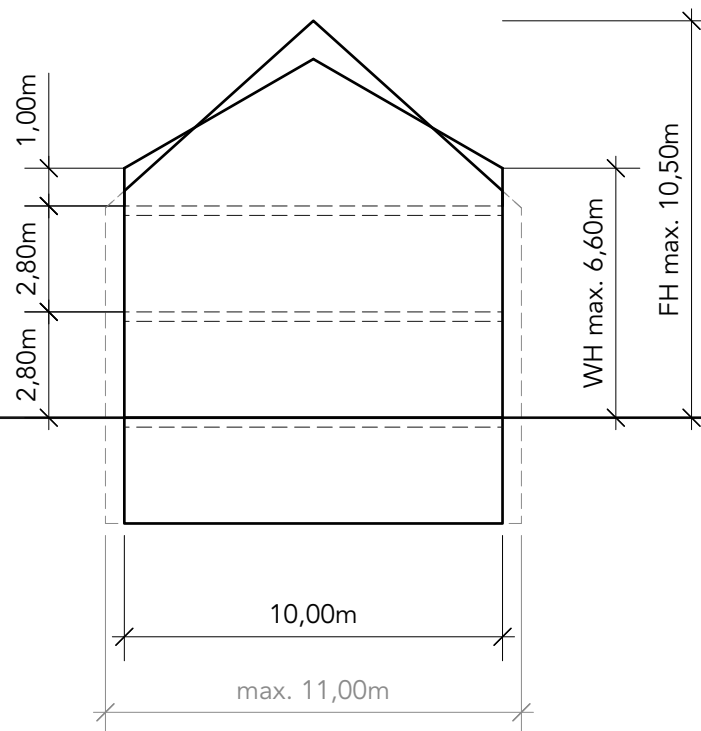
14.3.2018

Satteldach (SD):
Dachneigung (DN)
30° bis 42°

Kniestock:
maximal 1,00 m

Erdgeschoss-
rohfußboden-
höhe (EFH):
maximal 0,30 m
über Gelände

WH = Wandhöhe
FH = Firsthöhe



**GEMEINDE MECKENBEUREN
BODENSEE-KREIS**

**BEBAUUNGSPLAN
„SIGLISHOFEN“**

**ANLAGE 2
ZUM
TEXTTEIL**

PFLANZENLISTEN

Pflanzenliste 1

Erhalt und Entwicklung eines Gewässerrandstreifens entlang des Kohlbachs

Erweiterung der uferbegleitenden Gehölze durch Pflanzung standortgerechter Sträucher auf mindestens 5,00 m Breite. Pflanzqualität mindestens 2 x verpflanzt, Str 60 - 100 cm. Pflanzabstand in und zwischen der Reihe 1,50 m. Dauerhafter Erhalt und Pflege der Pflanzungen. Bei Abgang sind Ersatzgehölze in gleicher Qualität zu pflanzen.

Straucharten:

Gewöhnliches Pfaffenhütchen	Euonymus europaeus
Gewöhnlicher Schneeball	Viburnum opulus
Salweide	Salix caprea
Bruchweide	Salix fragilis
Purpurweide	Salix purpurea
Faulbaum	Frangula alnus
Gewöhnliche Traubenkirsche	Prunus padus
Schwarzer Holunder	Sambucus nigra
Schwarz-Erle	Alnus glutinosa

Pflanzenliste 2

Baumpflanzungen auf privaten Grundstücken

Pflanzqualität: Hochstamm, 3 x verpflanzt, Stammumfang 14 - 16 cm (bei Obstbäumen 10 - 12 cm) bei Pflanzung. Befestigung mittels Zweipflock, Anbringung von Verbissschutz. Je Baum sind mindestens 12 m² durchwurzelbarer Raum zur Verfügung zu stellen. Die Bäume sind dauerhaft zu pflegen und zu erhalten. Bei Abgang sind die Gehölze entsprechend zu ersetzen.

Laubbäume:

Hänge-Birke	Betula pendula
Hainbuche	Carpinus betulus
Winter-Linde	Tilia cordata
Stiel-Eiche	Quercus robur
Walnuss	Juglans regia

Obstbäume (regionaltypische Sorten):

Apfel	Malus domestica
Birne	Pyrus communis
Zwetschge	Prunus domestica
Süßkirsche	Prunus avium

Grundlage der obigen Ausführungen:

Umweltanalyse mit artenschutzrechtlicher Einschätzung zum Bebauungsplan „Siglishofen“
vom 14.3.2018 vom Büro

365° freiraum + umwelt
Klosterstraße 1
88662 Überlingen
Tel. 07551 949558 0
www.365grad.com